



## Mitte unterstützt Landratsvorschlag

Im Zentrum der Parteiversammlung stand die kantonale Steuergesetzrevision – und die Ablehnung des Gegenvorschlags.

Raffaele Wiler

Rund 70 Mitglieder und Sympathisanten fanden sich am Montagabend, 11. Mai, im Hotel Restaurant Eintracht in Oberdorf zur Parteiversammlung der Mitte Nidwalden ein. Parteipräsident Roland Kaiser konnte neben zahlreichen Gästen auch die Regierungsräte Othmar Fülliger, Karin Kayser-Frutschli und Therese Rotzler begrüßen. Im Mittelpunkt des Abends standen die Parolenfassungen für die kantonalen und nationalen Abstimmungen vom 14. Juni.

Kaum umstritten war der Objektkredit von 26 Millionen Franken für den Bau einer Dreifachsporthalle beim Kollegium St. Fidelis in Stans. Die kantonalen Vertreter der Bildungs- und Baudirektion machten deutlich, dass die bestehende Infrastruktur mit einer Auslastung von bis zu 98 Prozent längst an ihre Grenzen stosse und zudem nicht mehr den heutigen Anforderungen entspreche – etwa beim Wärme- und Brandschutz oder aufgrund schadstoffbelasteter Materialien.

### Erschliessung über Mürgstrasse

Die geplante Halle soll zu einem grossen Teil unterirdisch gebaut werden – eine Konsequenz der



Die Referierenden am Parteitag der Mitte (von links): Landrat Mario Röthlisberger, Regierungsrätin Therese Rotzler, Landesstatthalterin Karin Kayser-Frutschli, Landrat Christof Gerig und Parteipräsident Roland Kaiser.

Bild: Raffaele Wiler (Oberdorf, 11.5.2026)

engen Platzverhältnisse am Standort. Die Platzverhältnisse und die anspruchsvolle Topografie sind denn auch Gründe für die Kosten von über 26 Millionen Franken, wie die Projektverantwortlichen ausführten. Kritische Fragen aus dem Publikum betrafen insbesondere die Erschliessung über die Mürgstrasse sowie die Höhe der Investition. Trotzdem fiel das Ver-

dikt klar aus: Die Mitte Nidwalden beschloss die Ja-Parole praktisch einstimmig, bei nur einer Enthaltung.

Intensiver diskutiert wurde die Teilrevision des kantonalen Steuergesetzes samt Gegenvorschlag. Mitte-Landrat und Finanzkommissionspräsident Christof Gerig (Oberdorf) stellte die Vorlage vor, die insbesondere Familien steuerlich entlasten soll

– etwa durch höhere Abzüge bei der Kinder- und Drittbetreuung. Insgesamt sieht die Revision spürbare Steuersenkungen für natürliche Personen vor.

### Tiefere Steuerreduktion bei Gegenvorschlag

Der Gegenvorschlag der Grünen verfolgt einen moderateren Ansatz: Die Steuerreduktionen würden weniger stark ausfallen,

wodurch Kanton und Gemeinden höhere Einnahmen behalten würden. Es wird unter anderem damit argumentiert, dass Nidwalden bereits heute ein Tiefsteuerkanton sei und weitere Entlastungen vor allem höhere Einkommen zugute kämen.

In der Diskussion wurden in der Folge auch finanzpolitische Unsicherheiten angesprochen. So sei etwa unklar, wie sich

künftige Reformen wie die Abschaffung des Eigenmietwerts oder die Individualbesteuerung auswirken werden. Auch die Frage, wie Mindereinnahmen bei den Gemeinden kompensiert werden sollen, beschäftigte die Versammlung.

Die Mehrheit der Mitte stellte sich dennoch hinter die Vorlage des Landrats. Diese stärke die Standortattraktivität und trage der soliden Finanzlage des Kantons Rechnung, lautete ein zentrales Argument.

### Wenig Unterstützung für den Gegenvorschlag

Entsprechend fielen die Abstimmungen aus: Die Steuergesetzrevision des Landrats wurde mit klarer Mehrheit unterstützt, während der Gegenvorschlag deutlich verworfen wurde. Auch in der Stichfrage sprach sich die Versammlung für die Vorlage des Landrats aus.

Bei den nationalen Abstimmungen wurde bei der «Nachhaltigkeitsinitiative» der SVP nochmals engagiert diskutiert. Trotz der teilweise unterstützten Voten für die Initiative beschloss die Mitte Nidwalden die Nein-Parole zur sogenannten «Keine 10-Millionen-Schweiz»-Initiative. Die Änderung des Zivildienstgesetzes wurde diskussionslos unterstützt.